

Sezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mark, durch die Post 18.00 Mark, auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungszugelschein unter Angabe der Zeitungszugelscheinnummer unter Angabe der Zeitungszugelscheinnummer unter Angabe der Zeitungszugelscheinnummer...

Abend-Ausgabe.

Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf. 25.000 Zeilen 40 Pf. 50.000 Zeilen 75 Pf. 75.000 Zeilen 1.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsort: Halle, Erbsengasse 2, 1. Sonntag und Montag u. wochentags. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Probstschloß 25 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 256.

Halle, Freitag, den 4. Juni 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Reichsminister Dr. Koch über die Regierungspolitik.

Vor einer großen Wählerversammlung sprach Reichsminister des Innern Dr. Koch über die allgemeine Ueberblick über die äußere und innere Politik führte er aus:

Eine Ueberpannung der Zentralisation wird auch von mir als langjähriger Selbstverwaltungsbeamter als großer Uebelstand empfunden. Alles Regieren aus weiter Ferne kann nicht vollbringen, was derjenige zustande bringt, der die Verhältnisse aus der Nähe kennt. Die Einseitigkeit des Regierens nicht, wenn man alles nach Berlin regiert, denn dem Minister kann mehr alle Einzelheiten übersehen und an die Stelle der Landesregierungen tritt daher nicht die Reichsregierung, sondern treten Dezentralen mit oft sehr verschiedenartigen Aufstellungen. So notwendig gewisse einheitliche Grundzüge von einer Zentralstelle angesehen müssen, so notwendig muß sich diese Einseitigkeit auf das unbedingt notwendige Maß beschränken. Wenn wir heute ein neues Deutschland aus dem Nichts schaffen müßten, so müßte dieses Deutschland in ähnliche Gebilde zerfallen wie Bayern, Mecklenburg, Sachsen usw. und diesen Gebilden müßte der Hauptteil der laufenden Geschäfte übertragen werden. Man müßte sie versehen mit Einrichtungen, Kantonsräten zur bauernden Kontrolle der Verwaltung. Diese solche Abteilungen kommt man in seinem großen Interesse der Welt nicht mehr aus. Die Schwierigkeit ist nur, daß manche deutsche Bundesstaaten zu klein sind, um ihnen überhaupt große Aufgaben zu übertragen und daß andererseits eine Uebertragung von Aufgaben vom Reich auf Preußen überhaupt keine Dezentralisation bedeutet. Das verfassungsmäßige Verhältnis Bayerns zum Reich bedarf seiner Aenderung. Die Schwierigkeit der Lösung liegt im Verhältnis des Reichs zu Preußen. Die große Politik in Deutschland muß an einer Stelle gemacht werden, darunter aber muß die Zentralisation im weitesten Sinne bestehen. Behalten wir unsere Bundesstaaten in Deutschland und wir werden dabei glücklich sein. In der Schlußfrage 2. B. habe ich immer Wert darauf gelegt, in der Regelung der Einzelfragen nicht zu weit zu gehen. In Bayern würde man manches schon für Kulturkampf ansehen, was man in Hamburg oder Sachsen für Unterwerfung unter den Willen der Kirche hält. Wir brauchen einheitliche Grundzüge, nicht einheitliche Einzelzüge. Anders ist es, wenn es sich darum handelt, eine nationale Pflicht zu erfüllen. Ich würde in Bayern scharf angegriffen, weil ich den vertriebenen eisenlohringigen Beamten ein Unterkommen in Deutschland verschaffe. Aber es konnten 2. B. ein Reichsgericht allein nicht die vertriebenen Richter unterstützen, sondern nur an den Gerichten der einzelnen Länder. Das Eigenleben der Länder hat seine Grenzen, und die nationale Pflicht und die Pflicht der Dankbarkeit gegen unsere unglücklichen Volksgenossen ein Eingreifen verlangt. Auch in der Frage des Ausnahmezustandes wird in der Regel jedes Land seine Bedürfnisse am besten kennen. Aber es gibt auch einen Ausnahmezustand von Reichswegen und für das ganze Reich. In solchen Fällen haben früher die Generalkommandos die Sandhaubung; nach einem Vorhabe des Reichswehrministers Dr. Becker, wird der Ausnahmezustand nunmehr durch die Regierung als vom Reich aus gegeben. Das ist ein Fortschritt, den die Reichspräsidenten auch verfassungsmäßig die Durchführung des Ausnahmezustandes obliegt, so werden doch nie andere Kommissare ernannt werden, als die Landesregierungen vorwärts, also in Bayern entweder der Ministerpräsident oder der Minister des Innern. Wenn es zwischen dem Reich und den Ländern in dieser Zeit der Ueberlastung und Ueberfüllung aller Beteiligten Mißverständnisse gab, so beruhen sie auf mangelnder Zuhilfenahme der Landesregierungen mit der Reichsregierung. Daher sollen künftig alle vierzehn Tage die Reichsbevollmächtigten zusammenzutreten, um sich aufzuklären zu lassen und ihnen Gelegenheit zu Gegenfragen zu geben; ebenso sollen die Reichsminister in den Zukunft alle zwei Monate einmal vorbeistehen, sich zu einer großen und unmissenden Aussprache mit uns in Berlin zu vereinigen. Wir haben alle guten Willen und werden uns verständigen.

Die Koalition muss erhalten bleiben. Gerüst ist, so wird alle Welt ratlos einsehen, was verloren gegangen ist. Gemüht ist die Sozialdemokratie, die durch 40 Jahre der Zurücksetzung gegangen ist, nicht immer ein bequemer Bundesgenosse. Aber auch da wird die Zeit der besten Bekehrtheit sein. Entscheidende Bedingungen für die Fortsetzung der Koalition ist aber, daß keine Organisation Vorrechte vor anderen schaffenden Ländern in Anspruch nimmt. Selbstverständlich bin ich für eine möglichst ausgiebige Vertretung des Reichs in der Koalition. Was sich in Wort und Tat am besten von den Befähigten stellt, gehört hinein. Ich bedauere, daß die Deutsche Sozialpartei durch ihre Politik des letzten Jahres, durch ihr Verhalten beim Rapp-Portsch und durch die Art, wie sie den Wahlkampf vielfach mit dem verorteten Unterschied zwischen nationalen und antinationalen

Parteien führt, ein so berechtigtes Mißtrauen hervorgerufen und die ablehnende Entscheidung des Reichstanzlers Müller geradezu provoziert hat.

Das Reichswehrministerium über den Fall Paasche.

Berlin, 3. Juni. (Eig. Meldung.) Die Vorgänge, die zur Entlassung des Kapitänleutnants Paasche führten, veranlassen das Reichswehrministerium in Uebereinstimmung mit dem Reichsminister des Innern — die grundsätzlichen Gesichtspunkte klarzustellen, nach denen ein Entlassen des Militärs zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung erfolgt.

1. Ein Entlassen des Militärs aus eigener Entschloßung ist nach den bestehenden Bestimmungen überhaupt nicht mehr möglich. In jedem einzelnen Fall bedarf es einer ausdrücklichen Anordnung und Aufstellung durch eine zuständige Zivilbehörde. Nur in dem Falle, daß die Zivilbehörde verweigert oder in Ausübung ihrer Tätigkeit behindert wird, ist das Militär zu selbständigem Handeln berechtigt.

2. Das Militär ist nicht dann anzufordern, wenn die Kräfte der Polizeigewalt nicht ausreichen. Das Militär darf — als ultima ratio des Staates — nur in solchen Fällen herangezogen werden, in denen die Staatsautorität auf keine andere Weise zur Geltung gebracht werden kann.

3. Wird durch eine zuständige Zivilbehörde Militär angefordert, so ist das Militär nicht berechtigt, in eine Nachprüfung der Frage einzutreten, ob militärische Hilfe an sich notwendig ist. Die alleinige Verantwortung für die Befehle des Eingreifens des Militärs trägt demnach die anfordernde Zivilbehörde. Die Militärbehörden haben lediglich das Recht zu prüfen, ob die nachgesuchte Hilfeleistung aus Erwägungen militärischer Art überhaupt geleistet werden kann. Die Anforderung von Militär ist in der Regel an das zuständige Wehrtruppenkommando, sei es in der Regel an die örtlichen Befehlshaber zu richten.

Bei einer Anforderung von Militär hat die Zivilbehörde dem Militär eine bestimmte Art und Weise der Aufgabe zu stellen. Welche Maßnahmen durch Durchführung dieser Aufgabe militärisch erforderlich sind, unterliegt allein der Beurteilung des militärischen Befehlshabers. Hiernach trägt also im Falle Paasche die alleinige Verantwortung für die bei der Durchführung des Unternehmens eingetretenen Vorfälle der Militärbefehlshaber, dem der Auftrag übertragen worden war. Die Entlassung selbst stellt nach den bisher vorliegenden Nachrichten eine schwere Verletzung gegen die einschlägigen Bestimmungen und Vorschriften dar und wird an dem dafür Verantwortlichen mit aller Schärfe geahndet werden, sobald das Gericht seine Schuld festgestellt hat. Die Verantwortung für die Einleitung der ganzen Angelegenheit und insbesondere die Aufgabe, das Militär überhaupt aufzugeben worden ist, trägt allein die Zivilbehörde, die das Militär angefordert hat. Eine Unterlegung, ob die Anforderung von Militär für eine beratige Polizeifunktion im Sinne der eben bezeichneten Richtlinien überhaupt erforderlich war, oder ob die polizeilichen Kräfte zur Ausführung genügt hätten, ist im Gange. Insbesondere wird auch die Frage einer Nachprüfung unterzogen, ob der Begriff „Gefahr im Verzug“ vorlag und damit für den Zivilkommissar die Berechtigung, die militärische Hilfeleistung nicht beim zuständigen Wehrtruppenkommando, sondern unmittelbar bei dem örtlichen Befehlshaber anzufordern.

In der Angelegenheit des Entlassens des Kapitänleutnants Paasche ist nunmehr, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, das gerichtliche Ermittlungsverfahren eröffnet worden.

Verführung Hindenburgs.

Die „Kreuzzeitung“ vom 2. Juni behauptet, Generalmarschall v. Hindenburg habe sich durch einen Aufruf des „Wahrausschusses der Deutschen Demokratischen Partei“ zu folgender Erklärung genötigt:

„Ich habe niemals durch meine Warnung zur Einzigeit Propaganda für die Demokratische Partei machen wollen. Eine solche Forderung weise ich daraufhin das Bestimmteste zurück.“ Diese Kundgebung des Feldmarschalls ist nur erklärlich in der Annahme, daß er den Aufruf des Wahrausschusses der Deutschen Demokratischen Partei selbst gar nicht gelesen und gelesen hat, sondern über seinen Anhalt von gegnerischer Seite irreführend informiert worden ist. Denn die in Frage kommenden Sätze dieses Aufrufes lauten nämlich:

„Ein freier Volk hat die wirtschaftliche Lage und den Gang der Dinge muß dahin führen, daß Ruhe und Ordnung im Innern, daß die ganze Zukunft unseres Volkes fest und fällt mit dem unbedingten Festhalten an mittlerer Linie. Auch Feldmarschall Hindenburg tritt dazu auf.“

Wir weisen Siebe ist hier eine Anekdote enthalten, daß Hindenburg Propaganda für die Demokraten gemacht habe. Gerade die Deutsche Demokratische Partei hat es dem Feldherrn immer hoch angedacht, wenn er sich von Parteipolitik ferngehalten hat. Die rechtstehenden Parteien freilich haben mehr als einmal versucht, Hindenburg vor ihren Parteiwagen zu spannen.

Vom Reichswehrministerium.

Seit Beginn der Wahlbewegung ist das frühere Reichsverwaltungsamt in besonders umfangreichem Maße Gegenstand von Angriffen in einem Teile der Presse geworden. Hierbei überließ man die großen Schwierigkeiten, die sich bei der Organisation des Reichsverwaltungsamtes ergeben mußten, und die Zwangslage, in die das Reich und das frühere Reichsverwaltungsamt infolge der wichtigsten Ereignisse politischer Natur gedrängt worden waren. Angelegenheiten solcher Schwierigkeiten müßte über das ganze Deutsche Reich ein völlig neuer Apparat organisiert werden, der durch seinen Umfang und seine Komplexität trotz

Zuhilfenahme hervorragender kaufmännischer Kräfte nicht gelöst werden konnte, daß ein zeitungloses Funktionieren von der Gründung an gewährleistet werden konnte. Es kommt hinzu, daß das Reichsverwaltungsamt sich als bald den berechtigten Angriffen des deutschen und des internationalen Schieberismus ausgesetzt sah. Daß es ihm in vereinzelten Fällen gelüßt ist, es zu lösen, muß unumwunden zugegeben werden. Es sei überhaupt nicht unerwähnt, daß die in einigen Blättern gemachten Veröffentlichungen über die Tätigkeit des Reichsverwaltungsamtes fast wörtlich die Wiedergabe einiger der unglücklichen Aussagen der Abteilung für die Wiederherstellung verlassenen Heeresgutes an die zuständige Staatsanwaltschaft sind, also lediglich das wiedergeben, was das Amt in seiner Tätigkeit bereits festgelegt und verlorft hat. Hierbei gehört vor allem der besonders von den Rechtsparteien zu Maßnahme ausgenützte Fall der Firma L. v. in Breslau, die angeblich zu sehr niedrigem Preise Tertilien vom Reichsverwaltungsamt gekauft hat. Die obige Ueberrumpfung der gegen die Firma gerichteten Angriffe ist bereits durch einen aus Vertretern sämtlicher Parteien zusammengesetzten Ausschuss der Nationalversammlung festgestellt worden, der zu dem Ergebnis kam, daß die im Auftrage der Nationalversammlung arbeitende Firma aus dieser Tätigkeit nur einen geringen Gewinn erzielt hat. Nach dieser war von vornherein durch Einleihen von Kommissaren und dauernde Nachprüfung der Geschäftstätigkeit durch Sonderbeauftragte die Sicherung geschaffen, welche eine durchgehende Kontrolle der Firma ermöglicht. In dem gleichen Rahmen demgegen hat die vom Reichsverwaltungsamt (soweit im eigenen Betriebe wie bei den in seinem Auftrage arbeitenden Gesellschaften) eingeführten Kontrollen. Im übrigen wird es n. a. r. e. m. i. n. g. e. i. t. sein, wenn der neue Reichstag nach seinem Zulammentritt Veranlassung nehmen würde, die Geschäftstätigkeit des früheren Reichsverwaltungsamtes und damit auch die in der Presse bekanntesten Einzelfälle untersuchen zu lassen.

Wie verleumdet wird.

Vor einigen Tagen brachte die in Erfurt erscheinende deutsche „Mitteldeutsche Zeitung“ eine auf tendenziöser Entstellung beruhende Nachricht, Reichsanwalt Liebenann in Erfurt als Führer der dortigen Demokraten habe in öffentlicher Versammlung erklärt, die Demokratische Partei werde im Falle eines Wahlsieges der Rechtsparteien einer Koalition mit der U. S. P. D. einem Zusammengehen mit der Deutschen Sozialpartei den Vorzug geben.

Diese Meldung wurde in der abgefeindeten Form, Reichsanwalt Liebenann habe eine Koalition seiner Partei mit den Unabhängigen für durchaus notwendig erklärt, wenn das Volk „national“ wählen sollte, durch die nationalisierende Korrespondenz weitergegeben und in die Presse der Rechtsparteien unter dem Stichworte: „Berat am Bürgeramt“ übernommen.

Auch in dieser Form ist die Meldung falsch. Reichsanwalt Liebenann hat lediglich die verschiedenen Möglichkeiten der künftigen Regierungsbildung besprochen und bei jeder Gelegenheit den Einfluß der Unabhängigen in die heutige Koalition als sehr unwahrscheinlich bezeichnet. Da er sich auf diese Weise hatte, daß die U. S. P. D. die Bedingungen, unter denen allein ein Zusammenarbeiten mit ihr für die Deutsche demokratische Partei möglich ist, annehmen werde.

Der Bürgerbund in Erfurt, dessen Mitglieder alle bürgerlichen Parteien angehören, hatte auf Grund der Falschmeldung in der „Mitteldeutschen Zeitung“ zunächst gegen Reichsanwalt Liebenann Stellung genommen.

In der heutigen Ausgabe der Erfurter Zeitungen veröffentlicht der „Bürgerbund“ folgende Erklärung:

„In einer am 29. v. M. stattgehabten gemeinsamen Aussprache hat Herr Reichsanwalt Liebenann dem Bürgerbunde zum Ausdruck gebracht, daß er niemals den Standpunkt vertreten habe, er gebe in der Koalitionseingehung einen Zusammengehen der Demokratischen Partei mit der U. S. P. D. vor einem solchen mit der Deutschen Sozialpartei den Vorzug. In dieser Aussprache hat der Bürgerbund feststellen können, daß ein solcher Standpunkt den Ansprüchen des Herrn Reichsanwalts Liebenann durchaus widerspricht. Der Bürgerbund, der Vorgang zeigt, mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um die beiden Rechtsparteien als die allein nationalen und bürgerlichen hinzustellen und die Demokratische Partei, deren jenseitige Arbeit für die berechtigten Ansprüche der Bürger nicht aus der Welt zu schaffen ist, durch verleumderische Unterstellung bürgerfeindlicher Absichten beim Bürgeramt in Verruf zu bringen. Wir haben bei Verträgen zu allen verfügbaren Möglichkeiten, daß sie sich durch solche Wege nicht irreführen lassen.“

Die Partei der Schwänzer.

In Verammlungen der Deutschen demokratischen Partei wird von volksparteilicher Seite einzelnen demokratischer Mitglieder der Nationalversammlung zum Vorwurf gemacht, daß sie bei wichtigen Anlässen gefehlt haben. Der Vorwurf ist ungerechtfertigt. Gerade die Mitglieder der deutschen demokratischen Partei haben in der Nationalversammlung zu den wichtigsten Angelegenheiten gehört, und wenn in einzelnen Fällen Mitglieder bei wichtigen Abstimmungen gefehlt haben, so ist zu berücksichtigen, daß nicht wenige Mitglieder der demokratischen Partei in der Zeit vor dem Ausbruch der Regierung in den Ländern durch wichtige Landesparlamentarier in den Ländern durch wichtige Geschäfte in der Heimat von Berlin ferngehalten sind.

Gerade die Deutsche Sozialpartei aber ist an wenigsten berechtigt, den Vorwurf des Schwänzens gegen

andere zu erheben. Ihr Abzug, Hg. Strele-
mann, ist gerade zu ein Beweis für die Schwä-
chen. Abg. Dr. Erenmann, nicht an einer ein-
igen namentlichen Abstimmung in diesem
Jahr in der Nationalversammlung bis in
den Mai hinein teilgenommen. Er fehlte bei der
ersten Abstimmung am 15. Januar einschließlich, bei allen
übrigen namentlichen Abstimmungen aber am 16. Januar,
18. Januar, am 5. März, am 9. März, am 10., 11.,
30. März und am 23. April — ohne Entschluß-
gung.

Und die Anhänger dieses großen Schwänzers wollen
anderen Parteien zum Vorwurf machen, wenn einmal ein
Krisenfall nicht zur Stelle sein kann. Zur Beläugung des
Verhaltens der Fraktion der Deutschen Volkspartei in der
Nationalversammlung gibt der geographische Bericht der
163. Sitzung vom 16. April 1920 folgende Aufzählung:

Präsident: Ich rufe auf die Anfrage Nr. 324 Eren-
mann und Genossen und gebe zu ihrer Verlesung das
Wort dem Abgeordneten Beuermann — Frau Wende —
Dr. Mohl — Dr. Hugo. — Keiner von ihnen ist
anwesend. Damit ist die Anfrage erledigt.

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 324 Beuermann
und Genossen und erteile zu ihrer Verlesung das Wort
dem Abg. Beuermann — Dr. Hugo. — Dr. Mohl, —
Dr. Koder, — Frau Wende. — Es ist niemand da.
Kun Bitte ich mir aber aus, daß keine Korrekturen
gegen die Regierung erhoben werden, wenn sie auch mal nicht da ist. — Die An-
frage ist erledigt.

Ich rufe jetzt noch einmal auf Anfrage Nr. 321 Dr.
Hugo und Genossen und erteile zu ihrer Verlesung das
Wort den Herren Abg. Dr. Hugo. — Dr. Mohl. — Frau
Wende. — Es ist niemand da. — Erledigt.

Man darf hiernach mit Recht grade die Deutsche Volks-
partei die Partei der Schwänzer nennen.

Aus der Wahlbewegung.

Wien, 2. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) In einer
weiteren Verammlung der Christlich-Sozialen Volks-
partei, in der Dr. Heim wiederum mehrere Stunden
lang über die politische Lage sprach, verlangte er unter
großem Beifall eine der Kernpunkt und Billigkeit wie auch
Gerechtigkeit entsprechende Welterung der überharten
Friedensbedingungen als Voraussetzung für die Wieder-
annäherung der westlichen Völker. Die Bayern, sagte er,
fühlen den Wunsch mit den Rheinländern, und in der schweren
Not des Vaterlandes, wo es sich um die Stellung des Deut-
schen Reiches in der Welt handelt, muß aller Streit und
Spöke verkommen. Er führte dann aus, es sei unmöglich,
nach der Verewaltung der Bundesrats durch die allseitige
Finanzschwäche des Reiches und nach der Einkommen-
steuererhöhung durch die in Berlin so stark zentralisierte
Reichsgewalt in Bayern noch länger unter der Fügung des
Zentrums zu stehen, das sich so lange in das Schlepptau der
Reichssozialdemokratie hätte nehmen lassen. Dr. Heim
drückte aber die Hoffnung aus, daß in Zukunft keine weitere
Trennung, sondern eine Einigung stattfinden würde zwischen
Zentrum und Bayerischer wie Christlicher Volkspartei.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Wiesl, 4. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Mar-
ting Post“ berichtet, daß auch die englische Wiedergut-
machungscommission eine Herabsetzung der Schadenersat-
zforderung an Deutschland einstimmt abgelehnt habe. Das
„Journal de Peuple“ berichtet, die Sozialisten und die fran-
zösischen Gewerkschaften haben die Forderung gewerkschaft-
licher Vertreter bei der Feststellung der Leistungsfähigkeit
Deutschlands für die Wiedergutmachung in Deutschland be-
zogen. Der Antrag wurde indessen vom Minister ab-
gelehnt mit der Erklärung, daß die Leistungsfähigkeit

Deutschlands von den Alliierten bereits endgültig entfallen
sei und nur noch die Frage der von Deutschland zu zahlenden
Eidgenossen zur Erledigung gebracht werden müsse.

Deutsches Reich.

Der Reichsbürgerrat hat an den Reichskanzler und
an das Reichswirtschaftsministerium folgendes Tele-
gramm gerichtet, in dem im Namen der Landesbürger-
räte Brandenburg, Bayern, Sachsen, Bismarck, Pommern,
Schleswig-Holstein, Rhein-Mainischer Volksbund,
Rheinland-Pfalz, Westfälischer Volksbund, Schlesien,
Sachsen-Mitteldeutschland die gemeinsame Vertretung
in der Reichsbürgerrat, vereinigten Wirtschaftsräte und
Verufsorganisationen im Reichsbürgerrat in der
Weise erbittet, daß von den durch die Regierung zu ver-
gebenden Stellen zwei für den Reichsbürgerrat zur
Verfügung gestellt werden. Als Abgeordnete für das
nord- und mitteldeutsche Gebiet wird der Präsident
des Reichsbürgerrats, Staatsminister von Voelckel, in
Betracht kommen, für Süddeutschland würde noch ein
Vertreter nominiert gemacht werden.

Übernahme der Wasserstrassen auf das Reich. Nach
einer eigenen Drahtnachricht aus Dresden am mitteln
Montag Vertreter des Reichserzherzogs und des Reichs-
ministeriums in Dresden, um mit den sächsischen Behörden
wegen Übernahme der Elbawasserstrassen auf das Reich Füh-
lung zu nehmen. Es wurde die Grundlage eines Staats-
vertrages abgeschlossen, der besagen zwischen dem Reich und
Sachsen abgeschlossen werden muß. Der Vertrag wird dem
bereits abgeschlossenen Eisenbahnvertrag ähnlich sein, mit
dem Unterschiede allerdings, daß der Vertrag über die Ab-
tretung der Wasserstrassen mit jedem Lande einzeln abge-
schlossen werden während der Eisenbahnvertrag für alle
abstufenden Länder ungeteilt gleich lautet. Sächsen
wird für die Abtretung seiner Wasserstrassen eine gewisse
Entschädigung erhalten, die sich aber in näheren Grenzen
bewegen wird, da die sächsischen Ausgaben für die Elbe
seiner als zu großen Umfang angenommen haben. Am
Diensttag fanden auch noch Besprechungen mit den Beamten-
organisationen der sächsischen Wasserbauinspektion über die
Bedingungen statt, zu denen die Beamten der sächsischen
Wasserbauinspektion vom Reich übernommen werden sollen.
Am Mittwoch wurde eine Besprechung der Elbe unternommen,
wobei die Vertreter Sachsen-Gesellschaft hatten, mit dem
Reichsvertreter über die Einwirkung des Mittelland-
kanals Fühlung zu nehmen.

Schwierigkeiten bei der Auslieferung der Luftschiffe.
Aus Stuttgart wird berichtet, daß die Abgabe der an
die Entente abzuliefernden Zeppelin-Luftschiffe, die in den
nächsten Tagen überfliegen sollten, nach Kriegsbräu-
erischen Meldungen auf Schwierigkeiten stoße. Die
Arbeiter des Luftschiffbauwerkes Zeppelin und der Deuna,
die das Fertigmachen besorg, die Überführung der Luftschiffe
übernehmen wollten, wogegen es sich nicht annehmen ließe,
daß die Arbeiter der Zeppelin-Werke die deutschen Luft-
schiffbau und Luftschiffbetrieb bedroht sehen. Sie machten
ihre Zustimmung bei der Auslieferung der Luftschiffe ins-
besondere dem Hinsehen des deutschen Luftschiffbauers
in Rom, von Berlin, hat der Reichsminister des Auswärtigen
ein nachgehendes Telegramm an Frau von Herz gerichtet: „Es
wird bei mir die Reichsminister des Auswärtigen, des hohen-
erchten Gatten etc. In erster Zeit unter den schwierigsten
Bedingungen hat der Reichsminister mit vollem Eifer die Aufgaben
seines bedeutungsvollen Reiches wahrgenommen. Ein tragisches
Schicksal, das ihn aus der Welt entfernt, hat die Arbeit
abgebrochen, die ihm nicht mehr verzeihen kann, die Arbeit
nicht bekannt und anerkannt zu sein. Das Auswärtige Amt
schließt in ihm einen jenen besten Männer. Nehmen Sie, ge-
ehrte Frau, die Versicherung des aufrichtigsten Beileides un-
ser aller, des ganzen Volkes und meiner selbst.“

In der Angelegenheit des Staatsvertrages gegen den
fränkischen Reichsminister des Innern werden die Be-
leidigung der Generäle mit der Deutschen

Was ist das arme Ding so traurig! Was blüht sie dem ersten
Tenor so tief und traurig in die Augen! Aber Herr Jens Ern-
ers lächelt nur, lächelt und hat nichts übrig für die Tiefe. Sie
will an seiner Seite gehen, aber er bleibt stehen. Sie spricht
fünf Minuten lang auf ihn ein, dann übergibt sie ihm die Rolle
und eilt davon, zu Tode überdrückt.

Und Herr Jens Ern-ers lächelt weiter, die Bulddogge hinter
ihm her. Erst nachdem das traurige Dienstmädchen verschunden
ist, macht er leicht, hält die Rolle an die Nase und betritt ab-
ermattet den Vorhang.

Und nach weiteren fünf Minuten kommt er wieder heraus,
aber ohne die Rolle. Dafür hat er jetzt zwei Pakete unter
dem Arm.

Sieht du, daß es nicht langweilig ist auf meinem Balkon!
Hier kann man Komödien miteinander und Tragödien und Kom-
mantil und Realismus.

Tagung des Deutschen Germanisten- Verbandes.

Von Frankfurt a. M. wird uns berichtet:
Der Deutsche Germanisten-Verband hielt vom 28. bis 29. Mai
unter zahlreicher Beteiligung seine erste Tagung seit dem Welt-
krieg ab. Wie der Vorsitzende Prof. Dr. Sprengel aus-
führte, ist er in dieser Zeit nicht möglich gewesen. Das Erleben
der schweren Zeit hat der Notwendigkeit, das deutsche Wesen
im deutschen Leben zur Geltung zu bringen, recht gegeben, und
von allen Seiten wird heute diese Forderung wiederholt. Im
den Aufgaben der Zeit Rechnung zu tragen, gestaltet sich der
Verband zu einer allgemeinen Gesellschaft für deutsche Bildung
und alle diejenigen zur Mitarbeit am deutschen Geiste
einladend, welche sich dem deutschen Volk, dem Vaterland (Wien)
und Prof. Zindler (Wien) unter allgemeiner Zustimmung
manifester Verbandes fortsetzt. Auf breiter Grundlage hofft
er unter berufener Führung das Verständnis für die unerle-
blichen Werte des deutschen Volkstums und damit den deutschen
Lebenswillen zu fördern, entsprechend dem großen Ziel, zur
Nation uns zu bilden.

Zahlreiche Vertreter der obersten deutschen Schulbehörden
nahmen im amtlichen Auftrag an den Verhandlungen teil. In
ihrem Namen begrüßte Geheimrat Dr. Schellberg (Berlin)
und Oberamtmann Dr. Wolmer (Stuttgart) die Versammlung.
Die Führende hielt Universitätsprofessor Dr. Deutscher
(Marburg) über die Mutterprache als Grundlage aller Sprach-
erziehung. Der geistvolle Vortrag wogte in der Tat, daß
die Sprache geistiges Reichthum bedeutet, und was sprachlich
nach, wie das Schöpferische der Sprache, die inneren, sprach-
lich lediglich in der Mutterprache vorliegt, wie in dieser durch
eigenes Sprachereben die Jugend zum Bewußtsein des Sprach-
lebens gezogen wird.

Abgeordneter C. Delius

spricht heute abend 8 Uhr im Thalia-Saal über
Die bisherigen und die zukünftigen
Aufgaben der Demokratie.

Herr Delius, der Spitzenkandidat auf der Liste
der Deutschen demokratischen Partei und lang-
jährige Abgeordnete, wird auch über die Tätigkeit
der Nationalversammlung sprechen. Der Besuch
dieser Versammlung wird deshalb dringend
empfohlen.

Als zufolge mitgeteilt, daß die zukünftige Staats-
amtschaffen gegen die nach der Reichsübertragung be-
stehenden Unvergleichlichkeit der Abgeordneten bisher die
Untersuchung nicht eingeleitet hat, insofern beschäftigt,
unmittelbar nach den Reichstagswahlen das Verfahren
in Gang zu bringen.

Schärfste Maßregeln gegen den Obstwucher in Bayern
Die bayrische Regierung erklärte im Landtag, daß
dem Obstwucher aus schärfste entgegengetreten werden
wird. Es wird Obst aus Bismarck, Südtirol und
Ungarn in größeren Mengen eingeführt. Kommunal-
verbände, die ihre Verordnungen nicht erfüllen, werden
verloren, sollen Staatsaufträge erhalten. Das Publikum
wird dringend gemacht, mit dem Obstkauf zurück-
zuhalten, wodurch die Preise von selbst fallen.

Ausland.

Zur holländischen Kabinettskrise.
Brüssel, 3. Juni. Die Zeitungen melden, daß der
zurückgetretene Minister des Innern Kessin in seinem Rück-
trittschreiben festsetzt, daß zwischen dem Kabinett
und ihm in der holländischen Frage schwere Unfruchtbarkeiten
entstanden seien, so daß ihm die Mitarbeit in Zukunft
möglich erscheint.

England und Rußland.

London, 3. Juni. Es wurde kürzlich behauptet, daß der
Sowjetvertreter Krasin Schritte unternahme zur Errich-
tung eines Francoengelschen in London. Krasin vertritt
aus autoritativer Quelle, daß diese Nachricht nicht un-
gegründet ist. Die Arbeit der Krasin Krasin beschränkt sich
auf das Studium der Wiederaufnahme der Handels-
beziehungen.

Frankreich gegen die Vergnügungsfahrten nach den Schlachtfeldern

Paris, 3. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die fran-
zösischen Zeitungen beklagen sich bitter über die unaufricht-
lichen Vergnügungsfahrten nach den Schlachtfeldern, die von
einer wachsenden Zahl gefühlschwacher Reisenden organi-
siert werden. Ganz besonders werde das Elend heimge-
schickt, wobei selbstverständlich auch nicht gewisse Vertre-
tinnen des schwachen Geschlechtes fehlen. Zur allen Dingen
es ist ihnen der Sartrumonteneroffen ansonsten, der neuer-
dings gerade von vergnügungssüchtigen Reisegesellschaften
übernommen werde. Ein scharfer Protest des Generals

Elster Hauptgegenstand der Verhandlung war die Stellung
des Deutschen in der Einheitsfrage. Ausführliche Berichte gaben
Dr. Hofkater, Erbauer der Zeitschrift für Deutsche (Dresden),
und Direktor Dr. Bojunga (Frankfurt a. M.) Sehr ausgedehnte
Verhandlung unter zahlreicher Beteiligung
schloß sich an. Ergebnis die Entscheidung: Die Gesellschaft für
deutsche Bildung ist der Meinung, daß in jeder der bestehenden
Schulorganisationen der deutsche Unterricht im weitesten Sinne durch
entgegenwärtiger Dauer und äußeren Aufbau zum wirksamen Mittel-
punkt des Erziehungswortes gemacht werden kann und soll. Ein-
tritt zugleich für eine neue Volkshalle ein, die sich auf ent-
schlossener auf das deutsche Bildungswort stellt und nur eine
Fremdsprache pflichtgemäß lehrt, mit gleichen wissenschaftlichen
Anforderungen und Rechten wie die übrigen höheren Schulen.

Weber die wissenschaftliche Korbidung der Deutschlehrer be-
richteten Universitätsprofessor Dr. Saran (Erlangen) und Ge-
heimrat Prof. Dr. Elster (Marburg). Auch dieser zweite Ver-
handlungsgegenstand rief eine eingehende Verhandlung hervor,
deren Ergebnis in kurzen Grundgedanken zusammengefaßt wurde.
Derlangt wird eine gründliche deutschwissenschaftliche Ausbildung.
Diese soll den Bedürfnissen der Schule mehr Rechnung tragen, im
Berichtnis zur philosophischen Fakultät für jede Unterrichts-
gattung kürzer bekannt werden. Es werden für jede Unterrichts-
dreideutschlandische ordentliche Professoren verlangt, eine im
norddeutschen sprachliche, eine literaturwissenschaftliche eingeführt
und eine für Altgerman und Volkskunde, dazu ein Lektor für
Sittenbildung und Vortragskunst; ferner werden ausgiebige An-
schauungsmittel und Lektoren für Büchereien und Studientreisen ver-
langt.

Bei verschiedenen Meinungsverschiedenheiten im einzelnen zeigte
der Gesamtantrag der Verhandlungen gleichwohl Einmütigkeit
in allen entscheidenden Fragen. Sämtliche Beschlüsse wurden mit
überzogenen Mehrheiten gefaßt. Die Leitung der Verhandlungen
lag abwechselnd in den Händen der Vorsitzenden Geh. Rat
Elster (Marburg), Direktor Bojunga (Frankfurt) und Geh.
Rat Panzer (Wien).

Die Gesellschaft für deutsche Bildung kann mit Genugtuung
auf ihre in schwieriger Zeitlage wohlgeleitete erste Tagung
zurückblicken und vertritt die Hoffnungen des Deutschen Ger-
manisten-Verbandes in Wissenschaft wie im nationalen Leben
würdig fortzuführen.

Helene Senke, die seit einigen Jahren am holländischen
Stadttheater wirkt und deren tragisches, markantes und
selbständiges Spiel nach Professor Dichter dient, wird Halle ver-
lassen, da sie von Professor Reinhardt ab Herbst 1920
unter äußerst günstigen Bedingungen für Berlin ver-
pflichtet wurde. So bedauerlich es für uns, diese Künstlerin
zu verlieren, so erfreulich ist es für sie selbst, daß sie
ihre Kräfte auf Deutschlands erster Bühne entfalten und
fortzählen kann.

Tragödien und Komödien von Balkon aus

Von
Martin Faustwanger.

(Nachdruck verboten.)

Was, auf dem Balkon ist es langweilig?
Ja, wenn du wirklich nichts liegst als gleichgültig, gleich-
mäßig langweilige Menschen!

Nein, du mußt besser aufgeben.
Du mußt dich mit der schwarzen Bulddogge, die dich darum zu
keinen Hut trägt? Weil es modern ist? Oder weil es gesund
ist? Nein, weil er lange Leben hat und weil beim wünschigen
Auf die Straße bis in die Augen fliegt und wieder zurück.
Das ist nämlich unser Tenor des Theaters, der Tenor Jens
Ern-ers. Keine Kleinigkeit, sage ich dir.

Sieht du ihn lächeln? Königlich und lässig zugleich. Ich
habe abtätlich lässig, lagt seine Haltung, denn ich bin mir zu
gut, als ich auch meine Heberlegenheit zeigen wollte.

Pah auf, wie ihn alle jungen Mädchen mit zitternden Augen
sehen. Sie alle wissen, daß Don Juan im Vergleich zu ihm ein
Küchler war, daß er die schönsten Frauen in der Stadt haben
sollte. Ich aber weiß ich besser, mein Freund. Ich weiß,
daß er eine jämmerliche Gage hat, der arme Jens Ern-ers, und
daß er ständig Hunger hat nach einem guten Maßlein und daß
er am liebsten auf der Stelle fünf Butterbrote und einen ganzen
Zeller Pastaschüssel verfrachten, unter einer Tenor Jens Ern-ers
mit dem Gürtel, den Boden und der schwarzen Bulddogge
nach.

Pah doch auf! Sieht du, er gutt sich um und geht tritt
in den Bühnenladen gegenüber. Er tänzelt auf die dicke Büh-
nenleiter zu und läßt ihr die Hand. Es ist gewiß, noch nie in
ihrem Leben hat ihr jemand die Hand gefaßt, der gute Tenor
Bremde. Aber Jens Ern-ers, was ist er für ein Kanakier!
Schade, daß wir vom Balkon aus nicht beobachten können, wie
er mit ihr tänzelt. Denn sie haben sich in den Bühnenladen
Lebens verzogen. Aber wir sehen, wie vorne der Bühnen-
führer die Bühnenleitung bis an die Ohren grinsen. Da hast recht,
Frau Bühnenleiterin, was wäre das Leben ohne Komantik!

Dann wieder Frau Bremde Herr Jens Ern-ers einen großen
Zahb Brot in ein Zitronenapparat. Es ist nicht unter Sache, zu
unterlaufen, warum Herr Jens Ern-ers weder Brotmarten nach
Gehelme zu erlösen hat.

Herr Jens Ern-ers verläßt den Laden, und kaum ist er ein
paar Schritte gegangen, da tritt ein lauberes junges Ding, wohl
ein Dienstmädchen, auf ihn zu, mit einer Rolle in der Hand.

Aufruf

für das durch Unwetter schwer betroffene Mansfeld.

Durch Wellenbrüche in den beiden unteren Zutherrstädten Mansfeld einfließenden Zälern haben sämtliche Wasserläufe die Straßen der Unterstadt plötzlich bis zu beinahe 2 Meter Höhe unter Wasser gesetzt. Brücken und Mauern wie schwache Gartenblätter wegdrückend, jedoch zuletzt Pfaffenstraße und Töpferreihe in einem See standen. Nach 5 Stunden erst setzte sich das Wasser, nachdem es vor allem alles, was an Böden und Ähren freiliegend, fortgeschwemmt hatte, Vallen von Schlamm in Ströben, Wädeln, Kellern und Straßen zurückfließend.

Um 56 Häuser sind befehdigt, 90 Familien sind durch die Wasserflut obdachlos und arm geworden. Da das Papiergeld gerichtet ist außer Wäsche, Kleidungsstücken und Schuhwerk auch viel Geld verloren gegangen. Die Zustände sind, da sich manche Häuser geleert haben, überaus traurig und tut eilige Hilfe not. Selbst unserer kleinen Zutherrstadt. Sammlungen an Geld und Kleidungsstücken erbitten wir an Herrn Landtrankensassenbankanten D. Klauke, Mansfeld-Stadt Konto 31 004 Postfachamt Leipzig.

Mansfeld, den 29. Mai 1920.

Der Notauschuss „Und Dennoch“

v. Stadtkaufm. Pfarrer; Klauke, Rentamt; Sings, Dentist; Bohnenstein, Buchdruckereibesitzer; Bollmann, Kassensassistent; Gansel, Amtsgerichtsekretär; Esser, Postassistent. Spenden nimmt gern die Saale-Zeitung in ihren Geschäftsstellen Neue Promenade u. Gr. Ulrichstr., Ede Schulberg entgegen.

4 gr. öffentl. Wählerversammlungen.

Abgeordneter E. Delius

spricht am Freitag den 4. Juni abends 8 Uhr im Thalia-Saal über

Die bisherigen u. die zukünftigen Aufgaben der Demokratie.

Stadtarzt Professor Dr. von Drina'ski

spricht am Samstag den 5. Juni abends 8 Uhr im Thalia-Saal über

„Das Gebot der Stunde.“

die monarchische Frage — Militarismus — die Judenfrage — Allgemeine Dienstpflicht.

Generalsekretär Dornblüth

spricht am 5. Juni abends 8 Uhr im Hoflager über das Thema:

„Volk in Not.“

Otto Reinath, Berlin,

Geheimlichführendes Präsidialmitglied des Zentralverbandes der Deutschen Großhandels spricht am

Sonntag, den 6. Juni im Walthalla-Theater.

Angehörige aller Parteien sind eingeladen. Eintritt 20 Pf.

Deutsche demokratische Partei.

Warnung für die Hausfrauen!

Schokolade und Kakao dürfen nur verpackt mit Firma und Preisdruck verkauft werden.

Wer dies mißachtet und lose Ware kauft, kauft Gefahr, verfälschte oder minderwertige Ware zu erhalten.

Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten, E. V.

Stadt-Theater
Sonntag, d. 5. Juni, Ant. 7.11, End. 10.10 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Sommer nachm.
Hochherzoglicher Diener gesch.
Sonntag abend:
Die Afrikanerin.

Apollo-Theater 8 Uhr.
Seute u. folg. Tage:
Der fidele Gauner.
Eine Epigonalgeschichte in 3 Akte. v. M. Neumann.
mit Paul Beckers in der Titelrolle.

Das flüchtige Korsetts
beuertheilt h33815
H. Schnee Nachf.
Gr. Steinstr. 84.

Stadtspieler
treffl. nam. u. ob. im
Hansa-Hotel

Soolbad Fürstenthal
sehr stark radiumgehaltig
Robert Franzstr. 10
Telefon 2640

Keine Beschlagnahme
neu und gebraucht
aus englischen Herrenbekleidungen habe a Block oder geteilt
billig mit Ausfuhrpapieren abzugeben:

Autopneus
ca. 320 Stück 880x120-135
ca. 220 Stück 820x120-135
ca. 25 Stück 895x135-150
ca. 30 Stück 935x135
ca. 200 Stück 920x120
ca. 150 Stück 815x105-120
ca. 80 Stück 810x90-100
ca. 80 Stück 30x31
160 Stück Ritzsteglettschuhsohlen aller Dimensionen.
Vollgummireifen
250 Stück Dimensionen: 1050x120, Stahlband- und urdieser 880 mm; 900x120, Stahlband- und urdieser 720 mm.
Motorraddecken
460 Stück 26x27 1/2
160 Stück 26x27 1/2
30 Stück 26x27 1/2
zusammen: ca. 1300 Motorraddecken,
ca. 250 Vollgummireifen,
ca. 600 Motorraddecken.
Felix Coenen, Düsseldorf 66,
Wolfsbüchel 411. Telefon Nr. 7524.

Merkmal für die Wähler:

Der deutschnationalen Volkspartei Lüge und Verleumdung

wird von der Deutschen Volkspartei öffentlich

vorgeworfen.

Beide Parteien arbeiten Hand in Hand in ihren Verdächtigungen gegen die Demokratie.

Was ist Demokratie?

- Der demokratische Staat ist ein Volksstaat. Er beruht auf dem freien Willen des Volkes.
- Der demokratische Staat ist ein deutscher Nationalstaat. Er ist erfüllt von dem stolzen Bewußtsein deutscher Eigenart, aber frei von jedem vergebenden und verlegenden Gedanken gegen andere Völker.
- Der demokratische Staat ist ein Einheitsstaat. Sinnbild und Verkörperung der Leistungsstärke des deutschen Volkes ist das deutsche Reich.
- Der demokratische Staat ist ein sozialer Staat. Gegenseitiges Verstehen und Mitfühlen überwindet allein den zerlegenden Klassenhaß.
- Der demokratische Staat ist ein Staat der wirtschaftlichen Gerechtigkeit. Alle Erwerbstätige sollen seiner Fürsorge in gleicher Weise teilhaftig werden.
- Der demokratische Staat ist ein Menschheitsstaat. In ihm wird der Mensch nicht eingeschätzt nach seinem Geldbeutel oder nach der Ausprägung seiner Rassenart, sondern nach seinem inneren Wert.
- Der demokratische Staat ist ein Rechtsstaat. Seine Anhänger bekennen sich als Hüter der Verfassung und bekämpfen jeden Umsturz von rechts und links.
- Der demokratische Staat ist ein Kulturstaat. Er fördert den kulturellen Aufstieg durch Freiheit des Geisteslebens in Religion, Kunst, Wissenschaft und Schule.

Wählt deshalb demokratisch!
Wählt die Liste Delius.

Billiger Rauchtobak

Marke Globus.
garant. Rein-Übersee in 4 Packungen
Grobschnitt per Pfund Mk. 22.-
Grobschnitt Fein per Pfund Mk. 23.-
Mittelschnitt per Pfund Mk. 22.-
Mittelschnitt Fein per Pfund Mk. 23.-
ausschliesslich Mk. 3.- per Pfund für Banderolen-Steuer.

Lose Tabake auf Steuerleer.
Auf Wunsch neutrale Packungen.
Tabak- und Zigarren-Fabrik

J. Thurn,
Kön. Mühlheim,
Mühlheimer-Freihofsstrasse 123/25.
Tel. 1 mit K. Mühlheim 955.

Parkett



Fach-Firma:
Hönemann
Büro: Am Bauhof 1,
Fennr. 3649 u. 3631.

Zu haben in all. einschlägigen Geschäften. Direkt nur an Wiederverkäufer.
Schramberg, Württembergfabrik
G. m. b. H.
Schramberg i. Württemberg.

Hemdentuch,

Bestzeug, Damast,
Inletts, Schürzenstoff,
Voll billig bei
S. Bilatzky, Halle,
Ketszigerstr. 109, L.

Bei Schlaflosigkeit
nervöser Unruhe
durch Überanstrengung
durch Verdauungsstörungen
nervöser Kopfschmerzen,
Neuralgie, Epilepsie,
Neurose nimm man
Draetels
Brombaldrionellier
R. U. Bräuerbe bei Schlaflosigkeit
schreibt am 29. 2. 20
Schlaflosigkeit hat mir Jahr
Brombaldrionellier sehr gut
g. helfen.
H. R. Reichenbach i. Schil-
schreibt am 17. 1. 20. Meine
Frau litt schon längere Zeit
an nervösen Kopfschmerzen
Schlaflosigkeit. Schwere
anfälle seit dem Gebrauch
von Ihrem Brombaldrion-
ellier. Es ist bezaubernd
Herrn Dr. Schil-
schreibt am 29. 1. 10. Ihr
Brombaldrionellier ist aus-
gezeichnet.
Halle Mk. 7.50.
Grüne Apotheke Gr. urll12

Aale!

Ästlich frisch aus dem Rauch. Hefest jedes Quantum.
Fund 24.- Mark. Verkaufte Bergstraße 11.
Oscar Fuchs, Altränderlei, Pöschel & Kiel
Tel. 2367 78.

Oeten,

aller Art, in Kacheln u. Eisen,
Lieferung von 300 Mk. an. Be-
schl. erb. Reparaturen u.
Reinigen werden billig aus-
geführt.
Carl Ohlme, Oetenlabrit,
Schwarzenk. 8. Tel. 2308.

Gebr. Bethmann

Werkstätten
für Wohnungskunst!
Halle a. d. S.
Gr. Steinstraße 79-80.

Behagliche Wohnzimmer.

Chies Schwarzwälder
Stiefelmacher ca. 50 Fragm.
1. Liter Mk. 56.- per St.

Gebr. Bethmann

Werkstätten
für Wohnungskunst!
Halle a. d. S.
Gr. Steinstraße 79-80.

Behagliche Wohnzimmer.

Chies Schwarzwälder
Stiefelmacher ca. 50 Fragm.
1. Liter Mk. 56.- per St.



Sekt

Deutschen
Franzöf. Kognak
Kognak-Verfälscht
1. Liter Mk. 45.- per St

Eier-Kognak
1. Liter Mk. 55.- per St

Liköre

Chies Schwarzwälder
Stiefelmacher ca. 50 Fragm.
1. Liter Mk. 56.- per St.

Weiß- und Rot = Weine,

Rheins, Mosel, Rabel,
Pfalz und Badische Weine,
Burgund u. Burgunder

Boxbeutel Süßweine.

Verlangen Sie Preisliste.
Süddeutsches Weinhaus
G. m. b. H.
Berlin W. 8, Tempelstr. 43
Bismarck-Str. 5330 u. 5328.